



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Aus den letzten Tagen des Frankfurter Parlaments.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

höhern Formen, Musikfesten u. dergl., noch sehr unentwickelt. Dagegen herrscht viel Theaterfönn, wenigstens insofern, als auch die Mittelstädte sich bemühen, etwas besseres als bloße Schmieren-Gesellschaften zu erhalten, und als in der That eine oder zwei „Operngesellschaften“ sich bemühen, das Publikum dieser Städte mit den neuesten Operetten vertraut zu machen. Darüber hinaus gehts freilich kaum. Auch gestaltet sich die finanzielle Seite dieser Unternehmungen fast immer sehr zweifelhaft. Königsberg selbst hat in der Winterfaison ein leidliches Theater (etwa von dem Range des Kölner) und im Sommer eine ganze Schaar von Sommerbühnen sowie von tingeltangelartigen Vergnügungstättten. Im übrigen ist der lechtangedeutete Unfug in Ostpreußen noch ein wenig entwickelter, was wohl in der schwächern Entwicklung des Wirtshauslebens überhaupt seinen Grund hat. In letzterer Hinsicht sowie hinsichtlich des Mangels eigentlich nächtlichen Treibens kann selbst Königsberg eine „solide Stadt“ genannt werden.



Aus den letzten Tagen des Frankfurter Parlaments.



unter den zahllosen beglückwünschenden Adressen, welche unserm Reichskanzler an seinem siebenzigjährigen Geburtstage zungen, ist vielleicht die merkwürdigste diejenige der dreißig Veteranen jener alten erbkaisertichen Partei, welche am 28. März 1849 in der Stärke von 290 Männern die Kaiserkrone an König Friedrich Wilhelm den Vierten von Preußen zu übertragen beschloß. Mit vollem Rechte hoben die Unterzeichner hervor, daß Fürst Bismarck „ihren Glauben zur That gemacht“ habe. Denn so wenig Bestand das Verfassungswerk des ersten deutschen Parlaments auch gehabt hat und, wie die Dinge einmal sich entwickelten, haben konnte, das Verdienst kann ihm niemand abstreiten, zuerst in einem beisspiellos großartigen dialektischen Prozesse unwiderleglich festgestellt zu haben, daß die Zukunft Deutschlands einerseits in einer bundesstaatlich-monarchischen Gestaltung unter der Führung der Krone Preußens, andererseits in dem Ausschlusse Österreichs aus dem engeren staatsrechtlichen Verbande der deutschen Staaten beruhe. Vor einiger Zeit brachten diese Blätter eine Schilderung der ersten Anfänge dieses Parlaments; hier mögen einige Skizzen zur Geschichte seiner letzten Wochen, seines Todeskampfes von der Ablehnung der Kaiserkrone bis zum Austritt der Erbkaiserpartei folgen.

Das Material dazu entnehmen wir dem Tagebuche und den Briefen eines jetzt verstorbenen sächsischen Abgeordneten, der erst Ende März 1849 an die Stelle des bisherigen Vertreters seines Kreises gewählt worden war und sich zur gemäßigten Linken des „Deutschen Hofes“ hielt. Von warmer Vaterlandsliebe erfüllt, aber durchaus maßvoll und besonnen, eine tiefgemüthvolle, milde Natur, war er in jener Partei eigentlich garnicht an seinem Plage und überhaupt für die heftigen Kämpfe parlamentarischer Leidenschaften im grunde sehr wenig geschaffen. So hat er es weder erstrebt noch vermocht, sich zu besondrer Geltung zu bringen. Nichtsdestoweniger hat er seine Pflicht redlich erfüllt und treu ausgehalten, bis die Linke den Weg offener Revolution betrat. Thatsächlich neues wird man somit in seinen Aufzeichnungen nicht zu finden erwarten. Ihr Wert liegt wesentlich in der frischen, treuen Wiedergabe der wechselnden Stimmungen und Urtheile unmittelbar aus erschütternden Ereignissen heraus, die ihn binnen wenigen Wochen von der frohen Hoffnung auf endliches Gelingen des Verfassungswerkes bis zu der trostlosen Einsicht in die Unvermeidlichkeit seines Scheiterns führten. Daß er die allgemeinen Irrthümer vieler der besten Männer seiner Zeit theilte, daß er die Macht der Regierungen unterschätzte und demnach auch den Beschlüssen der Nationalversammlung eine größere Geltung beimaß, als ihnen thatsächlich innewohnte, daß er namentlich an ihrer Souveränität festhielt und so dem Standpunkte der Regierungen, namentlich der preussischen, nicht gerecht zu werden vermochte, das alles wird man begreiflich finden. Für die beschlossene Reichsverfassung war er nicht eben begeistert — „das ganze preussische Erbkaisertum kann ich vor der Hand noch für kein Glück halten,“ schrieb er am 10. April —, aber er war fest entschlossen, ihrer Verwirklichung seine Kraft zu widmen, weil nur sie aus endlosem Wirrhal herauszuführen schien.

Es würde nun wohl unnütz sein, im folgenden die Äußerungen unsers Abgeordneten einfach aneinanderzureihen. Denn da die Geschichte des Frankfurter Parlaments wenig allgemein bekannt ist, viel weniger, als sie es verdient, und auch das populärste Werk darüber, das treffliche Buch von Heinrich Laube, über seine letzten Wochen so kurz hinweggeht, so wäre damit der Mehrzahl der Leser schwerlich gedient. Da bleibt wohl nichts andres übrig, als vornehmlich auf Grund des „Stenographischen Berichts über die Verhandlungen der deutschen konstituierenden Nationalversammlung zu Frankfurt am Main, herausgegeben von F. Wigard“ (8. und 9. Band), soviel hinzuzufügen, als zum Verständnis notwendig erscheint.

Unser Gewährsmann — wir wollen ihn im folgenden der Kürze halber mit dem neutralen Buchstaben N. bezeichnen — langte über Leipzig und Eisenach reisend und den letzten Teil des Weges von dort aus über Marktsuhl, Vacha, Hünfeld, Fulda und Hanau im Postwagen zurücklegend am 4. April (Mittwoch vor Ostern) 1849 früh unter strömendem Regen in Frankfurt an. Noch an demselben Vor-

mittage gelang es ihm durch freundliche Vermittlung eines andern sächsischen Abgeordneten, einer Sitzung des Parlaments in der Paulskirche als Zuhörer im Saale selbst beizuwohnen. „Eine Reihe von Rednern bestieg die Tribüne, Heinrich von Gagern [damals Präsident des Reichsministeriums] saß etwa zehn Schritte von mir; manche andre ausgezeichnete Männer lernte ich jetzt kennen. Die Verhandlungen selbst waren etwas konfus, ohne Würde, machten also auf mich keinen erfreulichen Eindruck.“

Die Lage selbst schien hoffnungsvoll. Das Ergebnis des Antrages der Kaiserdeputation in Berlin, die bereits am Tage vorher, am 3. April, die thatsächlich ablehnende Antwort des Königs erhalten hatte, war in diesem Augenblicke der Versammlung noch nicht bekannt, denn man lebte noch nicht im Zeitalter des elektrischen Telegraphen, und der optische fungirte natürlich nur höchst unvollkommen. Noch also durfte man die Hoffnung auf Annahme der Kaiserkrone hegen, und auch sonst schienen die Aussichten keineswegs ungünstig. Der Krieg in Schleswig-Holstein war mit mehr als genügenden Streitkräften — 60 000 Mann Reichstruppen neben den Schleswig-Holsteinern — eröffnet; Österreich, das seinen Ausbruch aus dem engeren deutschen Bundesstaate durch die Otkroyung der einheitsstaatlichen Verfassung von Krenfier thatsächlich ausgesprochen hatte, schien durch den siegreichen ungarischen Aufstand völlig gelähmt, und wie feindselig Rußland und Frankreich der Neugestaltung Deutschlands gegenüberstanden, darüber war man sich in Frankfurt nicht recht klar. So theilte auch R. die zuversichtliche Stimmung der Mehrzahl. Er hatte die Heimat in der frohen Hoffnung verlassen, demnächst einer Kaiserkrönung in Frankfurt beizuwohnen zu können, denn er lebte des festen Glaubens, eine Ablehnung der Krone sei unmöglich. Er schrieb damals: „Wenn mich etwas über die Trennung von den Meinigen tröstet, so ist es der Gedanke, daß ich jetzt, wo Deutschlands Schicksal sich entscheiden muß und die Reichsversammlung eine unendlich bedeutame Stellung einnimmt, am Orte der Entscheidung mich befinde und thatkräftig mit eingreifen kann. Die nächsten Wochen können, müssen außerordentliche Dinge bringen. Ich sehe mit höchster Spannung in die Zukunft.“ Doch konnte er sich auch wieder eines gewissen Gefühls der Unsicherheit nicht ganz erwehren, denn ein solches sieht doch aus den folgenden scheinbar so zuversichtlich klingenden Worten hervor: „Die Reichsversammlung ist gerade gegenwärtig durch die allgemeinen Verhältnisse mehr als jemals sichergestellt. Die Fürsten werden sie nicht zu sprengen versuchen, dies wäre das Signal zu einer neuen Revolution; das Volk aber erkennt, daß es in der Reichsversammlung gerade jetzt seine kräftigste und letzte Schutzwehr hat.“ Zuweilen steigert sich das Bewußtsein der Ungewißheit schon bis zu quälender Spannung; „der schwankende Zustand, schrieb er am 7. April in sein sonst sehr knapp gehaltenes Tagebuch, bei dem Gefühle, daß Großes kommen muß, ist unerträglich.“ Die längere Pause in den Verhandlungen des Parlaments, das

sich der Osterzeit halber und in Erwartung des authentischen Berichts der Kaiserdeputation vom 4. bis zum 11. April vertagt hatte, war nicht geeignet, solche Stimmungen zu verscheuchen.

N. suchte eine Ablenkung, indem er sich neben eifriger Lektüre der stenographischen Berichte mit der Stadt bekannt machte und Ausflüge in die Umgegend unternahm, meist vom herrlichsten Frühlingswetter begünstigt, welches ihm, der bisher in sehr bescheidenen Verhältnissen gelebt hatte, das wogende Leben der großen Stadt und die schöne süddeutsche Landschaft ringsum im freundlichsten Lichte zeigte. In Frankfurt selbst umgab ihn das Getümmel der Ostermesse mit seinen bunten Bildern; am Charfreitag (6. April) besuchte er Mainz und sah hier zum erstenmale den Rhein, ein altes Ziel seiner Wünsche; am Ostermontag war er in Offenbach. Doch die Spannung der Lage verriet sich überall aus unverkennbaren Anzeichen. Frankfurt selbst hatte eine sehr starke Garnison von Bundestruppen. „Alle Thore sind von Truppenabteilungen besetzt; an der Hauptwache sind Kanonen aufgefahen; auf dem schönen Komödienplatze sind Pferdeställe für die Chevauxlegers aus Darmstadt aufgeführt, und Goethes Bildsäule, sonst der einzige Schmuck dieses Platzes, sieht mit verdrießlicher Miene auf diese prosaischen Bretterbuden. Auch in der Nähe sind Truppen aufgestellt: an allen Haltepunkten der Eisenbahn zwischen Frankfurt und Mainz stehen Nassauer, in Offenbach sah ich darmstädtisches Fußvolk.“ Mit lebendigen Farben schildert er das bunte Schauspiel einer damaligen Wachtparade in Frankfurt. „Da stehen voran die stattlichen Füsiliers aus Frankfurt, in Blau und Rot, lauter ausgesuchte Leute, neben ihnen die österreichische Linie, weiß und blau, kleines, stämmiges Volk; an diese reihen sich die Baiern in hellblauen Waffenröcken und mit zierlichen Casquets; es folgen die Preußen in dunkelblauen Waffenröcken, mit schimmernden Helmen, endlich die leichten Reiter aus Darmstadt, grün und carmoisinrot, auf behenden Rossen, die Offiziere kameradschaftlich durcheinander, größtenteils schmucke Leute. Das Schauspiel hatte aber auch seine wehmutterregende Seite: diese Österreicher mitten unter deutschen Reichstruppen! Es ist, als könne man sie nicht loslassen, und doch sind sie eigentlich schon von uns getrennt!“ Die unruhige Spannung dieser Tage vermehrten noch wahre und falsche Nachrichten, die bunt durcheinander schwirrten. Am Abend des Ostersonntags langte die Kunde von dem ruhmvollen Gefecht bei Eckernförde (5. April) an; lauter Jubel erfüllte die Stadt, und die Schiffe auf dem Main hielten die Flaggen. Aber am Morgen darnach verbreitete sich das Gerücht, der König von Preußen habe abgedankt. „Was in diesem Falle werden sollte, weiß Gott allein. Der Prinz von Preußen [bekanntlich Kaiser Wilhelm], dem dann die Königskrone von Preußen und die deutsche Kaiserkrone zufielen, ist jedenfalls ein Mann von Festigkeit und Entschlossenheit; möchte seine Gesinnung eine kernhaft deutsche sein!“ Noch immer also hielt N. an der Möglichkeit einer günstigen Entscheidung vonseiten Preußens fest, und der Hal-

tung des Parlaments vertraute er vollständig. „Nach allem, was ich höre, schrieb er am 10. April, wird die Reichsversammlung bei den bevorstehenden entscheidenden Verhandlungen mit großer Mäßigung zu Werke gehen, aber die dem Volke errungenen Freiheiten in keiner Weise sich verkümmern lassen. Auch die Linke will sich dem Kaiser willig unterwerfen und würde, wenn die kaum beschlossene Verfassung angetastet werden sollte, mit der Rechten zu einer kompakten Masse sich zusammenschließen.“

Unter solchem Wechsel zwischen Hoffnung und Furcht nahm das Parlament am 11. April seine Thätigkeit wieder auf; es war die erste Sitzung, welcher N. als wirkliches Mitglied beizuhnte. Sein Nachbar war beiläufig der Historiker Jakob Philipp Fallmerayer aus München, der Geschichtschreiber des griechischen Mittelalters und des Kaisertums Trapezunt, der leidenschaftliche Russenfeind und der geistvolle Autor der „Fragmente aus dem Orient.“ Noch später erzählte N. mit Behagen, er habe die erste Bekanntschaft mit ihm dadurch angeknüpft, daß er auf ein vor ihm liegendes Blatt den Namen „Trebisonda“ mit großen Buchstaben geschrieben, worauf Fallmerayer freudig überrascht sofort ein Gespräch mit ihm begonnen habe. Sonst freilich blieb zu wissenschaftlicher Vertiefung wenig Zeit. Nachdem der Reichskriegsminister, General von Peucker, über den Stand der Dinge in Schleswig und insbesondre über das Gefecht von Eckernförde referirt hatte, erstattete Simson (Königsberg) den Bericht über das Ergebnis der Kaiserdeputation, das an sich natürlich schon bekannt war. Zugleich wurde die preußische Erklärung vom 3. April mitgeteilt: der König sei bereit, provisorisch an die Spitze des deutschen Bundesstaates ohne Österreich zu treten, und habe die Regierungen aufgefordert, zu weiteren Verhandlungen ihre Bevollmächtigten binnen vierzehn Tagen nach Frankfurt zu senden. Aus der lebhaften, zum Teil leidenschaftlichen Debatte, in welcher die Freude der Linken, des gesamten Erbkaisertums nunmehr erledigt zu sein, und ihre Hoffnung, die deutschen Dinge womöglich in republikanische Bahnen zu treiben, deutlich sichtbar wurden, ging endlich der Antrag Kierulffs (Rostock), feierlich zu erklären, daß die Versammlung an der Reichsverfassung unwandelbar festhalte, und eine Kommission von dreißig Mitgliedern zur schleunigen Berichterstattung und zur Vorberatung der für die Durchführung der Reichsverfassung notwendigen Maßregeln einzusetzen, mit 276 gegen 159 Stimmen siegreich hervor. Unter der Mehrheit befand sich auch N. Am nächsten Tage wurde die Kommission unter dem Voritze von Wydenbrugs gebildet.

Entschieden war also thatsächlich immer noch nichts, als am 13. April der Führer der Kaiserdeputation, Simson, auf vier Wochen, wie die Geschäftsordnung vorschrieb, zum Präsidenten gewählt wurde, derselbe Mann, dem ein freundliches Geschick es beschieden hat, auch den ersten Reichstag des norddeutschen Bundes wie des deutschen Reiches als Präsident zu leiten und in

Grenzboten II. 1885.

einem glücklicheren Momente eine zweite Kaiserdeputation nach Versailles zu führen. Inzwischen schien sich die Lage zu klären. Einerseits traten die österreichischen Abgeordneten, theils eigner Antriebe, theils einer direkten Aufforderung ihrer Regierung folgend, in Masse aus dem Parlament aus, wo schlechterdings kein Raum mehr für sie war, seitdem sich gezeigt hatte, daß Österreich an einem deutschen Bundesstaate weder teilnehmen könne noch wolle; andrerseits stellten sich am 14. April 28 deutsche Regierungen auf den Boden der Reichsverfassung, freilich noch keine der größeren, mit alleiniger Ausnahme der badischen. Allein von allen Seiten kamen Erklärungen der Abgeordnetenkammern, welche die Hoffnung belebten, auch die noch zurückgebliebenen, vor allem die vier Königreiche, zu gewinnen, und auch die Versuche, Friedrich Wilhelm den Vierten selbst noch umzustimmen, worauf schließlich alles ankam, schienen nicht ganz aussichtslos. So konnte N. am 16. April, freilich zu optimistisch, nach der Heimat schreiben: „Wir gehen großen Entscheidungen entgegen. Ich hoffe die Freude zu erleben, an der endlichen Festgründung des deutschen Bundesstaates werththätigen Anteil nehmen zu können. Wie sind die Aussichten zu siegreicher Durchführung der großen Grundsätze, durch welche Deutschland einig, frei und mächtig werden soll, weniger getrübt gewesen als gegenwärtig; man kann zufrieden sein, wenn man nicht mehr als das Mögliche erstrebt. Die Parteien der Nationalversammlung haben sich genähert; alle Besonnenen scharen sich um die Fahne der Reichsverfassung.“ Und er fügt hinzu: „Das prachtvoll gebundene Original Exemplar derselben habe ich vorigen Sonnabend (14. April) unterschrieben. Ich werde diese Stunde immer als eine der bedeutungsvollsten meines Lebens ansehen.“

In solcher Stimmung setzte das Parlament seine Beratungen ruhig fort und fand Zeit, sich mit einer Petition des Stadtrats in Homburg vor der Höhe gegen die auf den 1. Mai angeordnete Schließung der Spielbanken, mit einer Eingabe aus Altona, die Ausstellung von Kaperbriefen gegen die Dänen, sogar mit der Stellung Deutschlands zur italienischen Bewegung zu beschäftigen, und wieder leuchtete der schöne Idealismus unsers Volkes glänzend hervor in der scharfen Zurückweisung jener beiden Petitionen und in der Debatte über den Antrag Rannvercks (Berlin): „Die deutsche Nationalversammlung erklärt, daß das deutsche Reich das Recht der italienischen Nation auf Unabhängigkeit und selbständige Entwicklung anerkennt und achtet und dieselben in keiner Weise hemmen oder erschweren wird.“ Den Antrag hatte N. mit zwölf andern unterstützt, doch fand er keine Mehrheit.

In derselben Sitzung aber, am 19. April, kam eine preussische und eine österreichische Note zur Verlesung. Jene erklärte, bis jetzt seien die deutschen Regierungen der Aufforderung vom 3. April noch nicht nachgekommen, der König habe sich deshalb entschlossen, ihnen eine weitere Frist zu stellen. Diese warf in hochfahrendem und verletzendem Tone der Versammlung vor, sie habe

ihre Befugnis überschritten und den gesetzlichen Boden verlassen, forderte die österreichischen Abgeordneten deshalb auf, ihr Mandat niederzulegen, und erklärte gleichzeitig, Österreich gedenke seine Stellung im Bunde keineswegs aufzugeben, vielmehr an dem Schicksale seiner Bundesgenossen wie früher werththätigen Anteil zu nehmen. Das hieß mit andern Worten: der Kaiserstaat verweigerte nicht nur die Unterwerfung unter die Reichsverfassung, sondern hinderte auch das außerösterreichische Deutschland, sich selbständig zu konstituieren, während Preußen noch immer keinen festen Entschluß zu fassen vermochte. Es war der offene Abjagebrief und die Ankündigung der österreichischen Einmischung.

Da begann auch N. wieder trüber in die Zukunft zu blicken. Er fand das Leben in Frankfurt ohne wissenschaftliche Arbeit unerträglich; mißmutig schrieb er am 20. April: „Die deutschen Angelegenheiten wollen nicht vorwärts; alles schwankt, zögert und schüttelt den Kopf.“

Bald kamen indes die Dinge ins Rollen, nur in sehr verhängnisvoller Richtung. Aus Stuttgart hatte man am 21. die Nachricht, daß das Ministerium der Weigerung des Königs gegenüber, die Reichsverfassung anzuerkennen, seine Entlassung gegeben, und der Landtag sich für diese Anerkennung einmütig ausgesprochen habe. So begannen am 23. April die Verhandlungen über den Bericht des Dreißigerausschusses. Das Mehrheitsgutachten empfahl folgendes zu erklären: Die Annahme der Kaiserkrone setze die Anerkennung der Reichsverfassung voraus; die Nationalversammlung fordere zu dieser Anerkennung nunmehr sämtliche Regierungen auf, worauf ipso iure die Kaiserwürde in Wirksamkeit trete, ersuche die Zentralgewalt dafür einzutreten und lasse den Dreißigerausschuß zur Vorberatung der etwa notwendigen Maßregeln bestehen. Dagegen beantragte das Gutachten der einen Gruppe der Minderheit (Simon [Trier] und Vogt [Gießen]): die Kaiserwahl Friedrich Wilhelms des Vierten für erledigt zu erklären, sofort aus dem Parlamente selbst durch einfache Majorität eine Reichsregentschaft von fünf Mitgliedern zu erwählen, welche den Reichstag zur Vornahme der Kaiserwahl auf den 1. Juni berufe, die sofortige Vereidigung aller Beamten, Truppen und Bürgerwehren auf die Verfassung verfüge, für die unverzügliche Bildung einer ausreichenden Streitmacht zum Schutze des Parlaments und zur Durchführung der Verfassung Sorge trage, endlich die einzelstaatlichen Landtage aufzufordern, mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln diese Durchführung zu unterstützen und einen Aufruf an das Volk in demselben Sinne zu richten. Die zweite Gruppe der Minderheit (Raveaux [Köln]) wollte die Durchführung dieser Beschlüsse der bestehenden Zentralgewalt anvertraut wissen.

Der tiefe Gegensatz ist klar: die Mehrheit hielt, so gering die Aussichten waren, an der Möglichkeit mit gesetzlichen Mitteln das Ziel zu erreichen, noch immer fest; die Minderheit erkannte unzweifelhaft richtig, daß von einer solchen nicht mehr die Rede sei, und empfahl deshalb mit klarem Bewußtsein den Weg der

Revolution. Der verhängnisvolle Augenblick, wo das Parlament nur noch die Wahl hatte, entweder seine Ohnmacht einzugestehen oder sich in einen Konvent zu verwandeln und den Bürgerkrieg zu beginnen, war da.

Daß man, falls nicht im letzten Augenblicke die Regierungen einlenkten, vor dem Ausbruche der Revolution stehe, das verbarg sich auch N. nicht. „Wir sind in bewegte Tage eingetreten, so beginnt er ein Schreiben vom 24. April. Gestern haben die Verhandlungen über den Bericht des Dreißigerausschusses begonnen. Es sind für diese Beratungen nicht weniger als sieben- undvierzig Redner angemeldet, sodaß, wenn man die drei Berichtersteller noch hinzurechnet, gerade ein halbes Hundert herauskommt. Von dieser Menge sind in der gestrigen Sitzung erst fünf zu Worte gekommen. Da es nun unter den gegenwärtigen Verhältnissen weit weniger auf Worte als auf thatkräftiges Handeln ankommt, so wird heute schon der Schluß der Debatte verlangt und wahrscheinlich auch durchgesetzt werden. Die Ereignisse drängen uns immer gewaltiger zur Entscheidung hin. Das Zögern der größern deutschen Staaten, die Reichsverfassung anzuerkennen, bewirkt ein immer bedenklicheres Schwanken aller Verhältnisse, eine steigende Gährung und Aufregung im Volke, und wenn nicht bald eine volksfreundliche Staatsweisheit das Ruder ergreift, so ist nicht abzusehen, was werden soll. In Württemberg ist infolge der Weigerung des Königs die Aufregung grenzenlos; mit einer beisspiellofen Einmütigkeit steht hier das ganze Volk seinem Herrscher gegenüber; hier scheint nur eins von beiden möglich, falls der König auf seiner Weigerung verharret: Resignation des Königs oder Revolution! Nicht viel besser steht es in Baiern. Wenn nun wirklich noch die Nachricht sich bestätigt, daß auch die preussische Regierung die Reichsverfassung in ihrer jetzigen Gestalt nicht wolle, so können wir uns auf alles gefaßt machen. In der Nationalversammlung geht die Mehrheit fortwährend mit großer Mäßigung vorwärts. Aber sie geht doch vorwärts, und wird im Kampfe für die Verfassung gewiß keine retrograde Bewegung machen. Wenn also die größern Regierungen die Verfassung nicht anerkennen, so ist ein Zusammenstoß unvermeidlich. Alle Besonnenen wünschen ihn zu vermeiden, und er wäre wirklich zu verhüten, wenn auch auf der andern Seite die Besonnenheit waltete. Daß die Nationalversammlung auch im schlimmsten Falle nicht Bürgerkrieg predigen wird, das versteht sich; aber ihre Auflösung kann das Ärgste zur Folge haben. Nur ein Blinder kann verkennen, daß gerade jetzt der Geist der Demokratie ungeheure Fortschritte macht. Ich gehöre übrigens zu der großen Majorität derer, welche die Reichsverfassung in ihrer gegenwärtigen Gestalt aufrecht erhalten wollen, ebensowohl den Fürsten gegenüber als im Widerstreit mit den alles überstürzenden Republikanern in der Versammlung.“

Am Nachmittage berichtet er dann über den Verlauf der Verhandlungen dieses Morgens folgendes: „Die heutige Sitzung war eine sehr bewegte. Gleich anfangs wurde eine Adresse der württembergischen Kammer der Abgeordneten vor-

gelesen, worin dieselbe die Nationalversammlung auffordert, unverrückt an der Reichsverfassung festzuhalten, sowie sie selbst die Verfassung als unverbrüchliches Gesetz für Württemberg ansehe und jeden Angriff auf dieselbe als ein Verbrechen beurteilen werde. Die Versammlung der Paulskirche erhob sich wie ein Mann, um dadurch der württembergischen Kammer und dem württembergischen Volke ihre Anerkennung auszudrücken. Solche Momente haben etwas ungemein erhebendes. Übrigens kommen Zustimmungsadressen aus allen Teilen Deutschlands scharenweise an. Heute habe ich mit andern den Antrag gestellt,*) es solle die Reichversammlung mit allen Mitteln wirken, daß überall in den deutschen Ländern die Landtage einberufen werden, damit die einzelnen deutschen Staaten durch ihre gesetzlichen Vertreter über die Annahme der Reichsverfassung sich erklären können und so überall den Regierungen gegenüber eine imposante Mehrheit zu gunsten derselben sich erhebe." Es war die letzte schwache Möglichkeit, auf legalem Wege etwas zu erreichen.

Anderseits die äußerste Linke unter Vogt, der das erste Minoritätsgutachten befürwortete. „Er sprach mit überwältigender Kraft, sodaß zuletzt das ganze Haus (mit Ausnahme der rechten Seite) mit stürmischem Beifall sich erhob.“ Von seiten der Gemäßigten kann dieser Beifall wohl nur dem leidenschaftlichen Pathos des Redners gegolten haben, nicht seinem Standpunkte, denn mit packender Gewalt wies er nach, daß die Versammlung nur noch die Wahl habe, ihr Werk aufzugeben oder die Revolution zu organisiren und sich an ihre Spitze zu stellen. Insofern brachte er besser als jeder andre den furchtbaren Ernst der Lage zum Bewußtsein.**)

Im Verlaufe des nächsten Tages kam die Nachricht, der König von Württemberg habe nachgegeben! Unter diesem belebenden Eindruck schritt das Haus am 26. April zur Abstimmung. Sie war „ein vollständiger Sieg der matten Majorität,“ aber allerdings nicht des Hierulffschen Mehrheitsgutachtens. Unveränderte Annahme fanden nur sein erster und vierter Satz, der dritte wurde verschärft durch den Zusatz, daß die Zentralgewalt gehalten sein solle, bis zum 3. Mai über das Ergebnis ihres Vorgehens Bericht zu erstatten, und der zweite ersetzt durch eine etwas dringendere Fassung des Rappardschen Antrags, die von Schubert (Königsberg) ausging,***) im Grunde das einzige praktische Ergebnis der langen und mit so vielem Kraftaufwande geführten Debatte. „Vom Montag bis zum Donnerstag hatten wir Tag für Tag Sitzung, um endlich zu beschließen,

*) Gemeint ist der Zusatzantrag Rappards eventuell zu dem Raveaugschen Minoritätsgutachten. Er wurde von 26 Mitgliedern unterstützt. (S. Stenogr. Bericht VIII, S. 6279.)

**) S. Stenogr. Bericht VIII, 6264—73. Vogt nennt beifällig unter den entschiedensten Gegnern des Parlaments in Preußen von Bismarck, S. 6271, wohl das erste und letztmal, daß dieser Name in der Paulskirche gehört ward.

***) M. a. D. S. 6327, vergl. S. 6284.

daß wir geduldig noch ferner die Entwicklung der Dinge abwarten wollen," so faßt N. das Ergebnis zusammen.

Die nächsten Tage schon sollten die Unmöglichkeit, auf diesem Wege vorwärts zu kommen, klar erweisen. Schon am 26. April wurde dem Hause eine bairische Note (vom 23. April) des Inhalts mitgeteilt, daß die Regierung, gestützt auf das frühere Votum ihrer beiden Kammern, die Reichsverfassung, besonders soweit sie das preußische Erbkaisertum und die Ausschließung Österreichs betreffe, nicht anerkenne. Am demselben Tage kam die Nachricht, der König von Preußen habe definitiv abgelehnt. Das war zwar formell verfrüht — die betreffende Erklärung datirt erst vom 28. April —, aber thatsächlich vollkommen richtig, denn auch Beckerath's Versuch, ihn umzustimmen, war vergeblich gewesen.*) Dann langten die Meldungen von der Auflösung der Kammern in Hannover (25. April) und Berlin (27. April) an, und auch in Sachsen drängten die Dinge zur Krisis: bereits am 24. hörte man in Frankfurt, das dortige Ministerium sei gestürzt. Thatsächlich wich es dem Mißtrauensvotum beider Kammern bekanntlich nicht, vielmehr wurde am 28. April auch hier die Auflösung des Landtages ausgesprochen. Die Regierungen der meisten größern Staaten thaten also eben das Gegenteil dessen, was die Nationalversammlung von ihnen gefordert hatte.

(Schluß folgt.)



George Sand im Kriegsjahre 1870.



Die Sammlung der Briefe George Sands (George Sand, Correspondance 1812—1876. Paris, Callmann Levy), welche mit dem sechsten Bande zum Abschluß gediehen ist, muß ohne Frage den interessantesten und gehaltreichsten französischen Publikationen des letzten Jahrzehnts zugezählt werden und verdient eine weit größere Verbreitung als die „sensationellen“ Erscheinungen, mit denen man uns von Paris her zu beglücken pflegt. Daß die Sammlung solche Verbreitung bisher nicht gefunden, dünkt uns nur zu gewiß, denn selbst diejenigen Briefe der großen Schriftstellerin, die, wie es im barbarischen Zeitungsstil heißt, „das volle Interesse der Aktualität“ haben, haben wir selten besprochen und erwähnt gefunden. Welch eine Fülle interessanter Einzelheiten, nicht nur zur Charakteristik

*) Am 26. April. Vgl. G. Freytag, Karl Mathy, S. 306.